



## **Parteilichtischer Fragebogen zur möglichen Teilnahme an dem Bühnenprogramm des Christopher Street Days des Landkreises Stade 2026**

---

Dieser Fragebogen ist eine zentrale Voraussetzung für die Teilnahme von Parteien am Bühnenprogramm des Christopher Street Day im Landkreis Stade.

Das Bühnenprogramm umfasst sowohl die Möglichkeit eines Redebeitrags als auch die Präsenz mit einem Informationsstand vor Ort.

Wir erwarten, dass die Antworten inhaltlich fundiert, konkret und nachvollziehbar sind. Bei unklaren, ausweichenden oder inhaltsleeren Antworten („Allgemeinplätze“) behalten wir uns vor, die Teilnahme am Bühnenprogramm im Einzelfall abzulehnen. Maßgeblich ist dabei die Nachvollziehbarkeit und inhaltliche Qualität der Antworten.

Die ausgefüllten Fragebögen werden vollständig auf der Website von QUEST – Queeres Stade e.V. veröffentlicht.

Ziel ist es, Transparenz zu schaffen und Besucher\*innen unseres CSD eine informierte Auseinandersetzung mit den Positionen der teilnehmenden Parteien hier im Landkreis Stade zu ermöglichen.

Darüber hinaus werden die Antworten archiviert und dauerhaft öffentlich auf der Website von QUEST – Queeres Stade e.V. zugänglich gemacht.

Sie werden in den Folgejahren erneut herangezogen, um politische Entwicklungen, Kontinuität und die Einhaltung angekündigter Maßnahmen nachvollziehbar zu machen. Durch die öffentliche Verfügbarkeit erhalten auch Besucher\*innen, Mitglieder und die gesamte Community die Möglichkeit, sich eigenständig ein Bild zu machen und politische Positionen sowie deren Entwicklung kritisch einzuordnen.

Die Beantwortung dieses Fragebogens stellt keine automatische Zusage für die Teilnahme am Bühnenprogramm dar.

Die Entscheidung über die Teilnahme erfolgt auf Grundlage der Leitlinien und Richtlinien des Christopher Street Day im Landkreis Stade sowie unter Berücksichtigung der inhaltlichen Qualität und Nachvollziehbarkeit der eingereichten Antworten.

**Einsendefrist für den Fragebogen ist der 12. Mai 2026.**

Nur fristgerecht eingereichte Fragebögen können bei der Veröffentlichung und Beurteilung für die Teilnahme am CSD-Bühnenprogramm berücksichtigt werden.



Parteiename:



Teil eins: Bundesebene

1. **Wie positioniert sich Ihre Partei zu folgenden Themen auf Bundesebene?  
(bitte jeweils kurz und konkret begründen)**

**a. Erhalt und Ausbau Selbstbestimmungsgesetz**

Wir setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsgesetzes ein. Menschen sollen ihren Geschlechtseintrag und ihre Vornamen selbstbestimmt ändern können. Ohne entwürdigende Gutachten oder langwierige Gerichtsverfahren. Das ist eine Frage von Menschenwürde, Freiheit und Gleichberechtigung. Eine Evaluation darf nicht zur Stimmungsmache genutzt werden, sondern muss sich an Menschenrechten und Praxiserfahrungen orientieren. Bestehende Zugangshürden wollen wir abbauen.

Zugleich braucht es Rechtssicherheit in der medizinischen Versorgung. Das Bundessozialgerichts-Urteil von 2023 hat erhebliche Unsicherheit bei der Kostenübernahme geschlechtsangleichender Maßnahmen geschaffen, besonders auch für nicht-binäre Menschen und neue Behandlungsfälle.

Wir fordern eine diskriminierungsfreie, wissenschaftlich fundierte gesetzliche Regelung, damit Betroffene nicht durch unklare Rechtslagen von notwendiger medizinischer Versorgung ausgeschlossen werden.

**b. Schutz von queeren Menschen im Grundgesetz (Art. 3)**

Schutz im Grundgesetz (Art. 3): Die Grünen setzen sich für eine explizite Aufnahme von „Schutz vor Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität“ in Art. 3 ein. Keine Person darf aufgrund dessen, wen sie liebt oder wer sie ist, benachteiligt werden. Damit schaffen wir einen klaren, dauerhaften verfassungsrechtlichen Schutz.

**c. Verbot von Konversionstherapien (inkl. Durchsetzung)**

Wir lehnen sogenannte Konversionstherapien entschieden ab. Solche Praktiken sind wissenschaftlich unbegründet und können schwere psychische und physische Schäden verursachen. Das gesetzliche Verbot muss deshalb konsequent durchgesetzt und erweitert werden: mit klaren Sanktionen, niedrigschwelligen Meldestellen für Betroffene und gezielter Aufklärung der Gesellschaft, damit diese Praktiken auch dort sichtbar werden, wo sie sich hinter religiösen oder therapeutischen Begriffen verstecken. Damit Betroffene endlich voll umfänglich geschützt werden.



## **d. Reform des Abstammungsrechts (Regenbogenfamilien)**

Kinder verdienen vom ersten Tag an rechtliche Sicherheit, unabhängig davon, wer ihre Eltern sind. Deshalb fordern wir eine echte Reform des Abstammungsrechts: Die vereinfachte Elternschaft beim zweiten Elternteil muss für alle Paare gelten, unabhängig vom Geschlecht. Die punktuelle Neuregelung vom Februar 2026 zur Vaterschaftsanfechtung ist ein erster Schritt, aber kein Ersatz für eine vollständige Gleichstellung. Kein Mensch soll zusätzliche Adoptionsverfahren durchlaufen müssen, nur weil die Eltern queer sind.

## **e. Aktionsplan „Queer leben“ und Sichtbarkeit durch „Queer-Referat“**

Wir Bündnisgrüne haben in der Ampel-Koalition den Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ initiiert und durchgesetzt. Wir bedauern es sehr, dass die jetzige Bundesregierung diesen Aktionsplan sang- und klanglos hat auslaufen lassen, ohne Nachfolge, ohne Bekenntnis zur Weiterführung. Wir fordern seine Fortführung und Weiterentwicklung als dauerhafte staatliche Aufgabe, nicht als Projekt einer einzelnen Legislaturperiode. Ein eigenständiges Queer-Referat, als institutionelle Verankerung queerer Interessen in Politik und Verwaltung, ist keine Option, sondern Grundlage effektiver Queer-Politik.

## **f. Anstieg queerfeindlicher Gewalt und Rhetorik in Deutschland und mögliche Maßnahmen**

Angesichts steigender queerfeindlicher Gewalt und Rhetorik fordern wir ein bundesweites Schutzkonzept, das Präventionsprogramme, schnelle Strafverfolgung und spezialisierte Beratungsstellen umfasst.

Wir brauchen eine bundesweite Meldestelle für queerfeindliche Straftaten, wie sie schon in Niedersachsen eingerichtet wurde. Weiterhin fordern wir die Umsetzung der Empfehlungen des Arbeitskreises zur Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt sowie die Weiterführung des Aktionsplans „Queer leben“. Denn Queerfeindlichkeit ist ein Frühwarnzeichen. Wenn queere Rechte bröckeln, ist der Abbau demokratischer Werte nicht weit!



## Teil zwei: Kommunale Ebene

---

### Fragen zur Grundhaltung und Glaubwürdigkeit

---

- 2. Welche konkreten Maßnahmen hat Ihre Partei in den letzten 2 Jahren aktiv vorangetrieben bzw. unterstützt, die queere Menschen und ihre Rechte stärken? (bitte konkret nennen)**

Wir haben uns auf kommunaler Ebene für eine klare Sichtbarkeit queerer Menschen eingesetzt und mit dafür gesorgt, dass im Pride Month vor dem Rathaus und dem Kreishaus eine Pride Flagge gehisst wird. Die Zusammenarbeit mit queeren Initiativen haben wir auch unterstützt. Dazu gehören die Teilnahme und Unterstützung von CSD-Veranstaltungen, die Förderung von Aufklärungsarbeit sowie die Unterstützung sicherer und diskriminierungsfreier Räume für Jugendliche und Erwachsene. Zudem haben wir uns für eine klare Haltung gegen queerfeindliche Hetze und Diskriminierung in kommunalen Gremien ausgesprochen.

- 3. Wo sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen für queere Menschen im Landkreis Stade?**

Die größten Herausforderungen sehen wir weiterhin in mangelnder Sichtbarkeit, fehlenden sicheren Begegnungsorten insbesondere im ländlichen Raum sowie in zunehmender queerfeindlicher Stimmung und Gewalt. Viele queere Jugendliche fühlen sich isoliert oder haben Angst, offen zu ihrer Identität zu stehen. Gleichzeitig fehlt es häufig an niedrigschwelligen Beratungsangeboten und ausreichend geschulten Ansprechpartner\*innen in Schulen, Verwaltung und Jugendarbeit. Insbesondere fehlt es an "Safe Spaces" (Sichere Orte) wie unter anderem der Ankerplatz als Ort der Begegnung.

### Fragen zur kommunalen Verantwortung

---

- 4. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie auf kommunaler Ebene umsetzen, um queere Menschen nachhaltig zu schützen und zu stärken?**

Die Etablierung von Sensibilisierungsschulungen sowie die Vernetzung verschiedener Akteur\*innen sind notwendig. "Safe Spaces" wie der Ankerplatz müssen erhalten und als solche gefördert werden. Zudem gilt es, weitere Standorte für solche zu identifizieren und auszubauen. Sichtbarkeit soll durch verschiedene Projekte gestärkt werden; so ist ein Queer-Referat auf kommunaler Ebene denkbar.



**5. Wie wollen Sie die Arbeit von queeren Initiativen wie QUEST – Queeres Stade e.V. konkret unterstützen?**

Wir begrüßen die Arbeit von QUEST mit ihren Workshops, Vernetzungstreffen und weiterem, womit QUEST einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit, Repräsentanz und Vertretung der queeren Community beiträgt. Wir werden in Zukunft, zusätzlich zur frauenpolitischen Sprecher\*in auch eine vielfaltspolitische Sprecher\*in wählen, die dann mit queeren Vereinen in Austausch tritt und hoffentlich auch gemeinsame Veranstaltungen umsetzt.

**6. Welche konkreten finanziellen oder strukturellen Ressourcen stellt Ihre Partei auf kommunaler Ebene für queere Projekte bereit oder plant bereitzustellen?**

Wir planen für Bildungsarbeit, Infostände, sowie für die Teilnahme am CSDs finanzielle Mittel ein und sind auch offen externe Projekte zu unterstützen. Jedoch mangelt es derzeit an Personen innerhalb der bündnisgrünen Partei, die dafür organisatorisch die Kapazitäten haben.

**7. Wie setzen Sie sich für den Schutz vor queerfeindlicher Gewalt im Landkreis ein?**

Es braucht eine Sensibilisierung der lokalen Polizei und Strafverfolgungsbehörden für queerfeindliche Hasskriminalität und deren Erfassung. Erfolgreich ist, dass es den Bündnisgrünen auf Landesebene gelungen ist, eine Meldestelle für queerfeindliche Vorfälle einzurichten. Dies muss auch gegen den Widerstand anderer Parteien weiter beibehalten werden. Des Weiteren ist die Förderung von Präventions- und Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen wichtig. Gewalt gegen queere Menschen ist Teil eines rechtsextremen Musters, dem treten wir entschieden entgegen.

**8. Wie steht Ihre Partei zur Sicherung, Wahrung und dem Ausbau von Safer Spaces im Landkreis Stade (z. B. bestehende Orte wie der Ankerplatz Stade)?**

Safer Spaces sind für viele queere Menschen unverzichtbar. Bestehende Orte ohne Konsumzwang wie der Ankerplatz müssen auf jeden Fall erhalten bleiben und als sichere Räume noch präsenter gemacht werden. Wir setzen uns dafür ein, solche Orte langfristig abzusichern, sichtbarer zu machen und weiter auszubauen. Gerade im ländlichen Raum brauchen queere Menschen Orte, an denen sie sich ohne Angst begegnen, austauschen und Unterstützung finden können.



---

**9. Wie geht Ihre Partei konkret mit Mitgliedern um, die öffentlich queerfeindliche Positionen vertreten oder die Rechte queerer Menschen infrage stellen?**

Queerfeindliche Aussagen und diskriminierendes Verhalten widersprechen unseren Grundwerten. Auf kommunaler Ebene ist uns bisher kein Fall bekannt, in dem ein Mitglied öffentlich queerfeindliche Positionen vertreten oder die Rechte queerer Menschen infrage gestellt hat. Allerdings gab es vereinzelt Situationen, in denen unangemessene oder nicht-sensible Sprache verwendet wurde – etwa Formulierungen, die queere Menschen verletzen oder ausgrenzen könnten. In solchen Fällen hat sich bewährt, im direkten Gespräch auf die Problematik hinzuweisen und für Aufklärung zu sorgen. Unser Ansatz ist es, im Einzelfall und unter vier Augen das Gespräch zu suchen, um Sensibilität zu schaffen. Dennoch bleiben wir dran: Wiederholte, respektvolle Dialoge sind unser Mittel der Wahl, um langfristig ein Bewusstsein für Haltung und inklusive Sprache zu stärken. Parteiausschlussverfahren sollten im Extremfall das letzte Mittel sein.

---

Fragen zur Intersektionalität

---

**10. Wie berücksichtigt Ihre Politik die Lebensrealitäten mehrfach diskriminierter queerer Menschen (z. B. BIPOC, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete) und welche Maßnahmen planen Sie hierfür?**

Mehrfachdiskriminierung ist für uns ein zentrales politisches Thema. Queere BIPOC, queere Menschen mit Behinderung, queere Geflüchtete, sowie queere Menschen in Armut sind mit besonders komplexen Diskriminierungserfahrungen konfrontiert und müssen stärker unterstützt werden. Die Partei BÜNDNIS 90/Die Grünen hat auf Bundes- und Landesebene vielfaltspolitische Sprecher\*innen und Referent\*innen, die aktiv mit Förderprogrammen die Repräsentanz von (mehrfach) diskriminierten Personen in Machtpositionen stärken.

---

Fragen zur Bildung, Aufklärung und Jugend

---

**11. Wie wollen Sie queere Bildung stärken und insbesondere queere Jugendliche im ländlichen Raum unterstützen?**

Wir wollen queere Bildungsarbeit bereits in Schulen und Jugendzentren stärken und Fachkräfte besser sensibilisieren. Besonders im ländlichen Raum braucht es sichtbare Ansprechpartner\*innen, mobile Beratungsangebote und sichere Treffpunkte. Ansätze können der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendarbeit und queeren Initiativen sowie regelmäßige Sensibilisierungsschulungen sein.



---

## Fragen zur Teilnahme am CSD des Landkreises Stade

---

### 12. Warum möchte Ihre Partei am CSD im Landkreis Stade teilnehmen?

Wir Bündnisgrüne nehmen am CSD im Landkreis Stade teil, weil wir als feministische und queerpolitisch engagierte Partei tagtäglich die Sichtbarkeit und den Schutz queerer Menschen als Kern unserer politischen Arbeit verstehen und nicht als optionales Begleitprogramm einmal im Jahr. Der CSD ist ein wichtiges Zeichen für Vielfalt, Würde und Menschenrechte in unserer Region. Gerade in Zeiten, in denen queerfeindliche Gewalt und Rhetorik zunehmen und CSD-Veranstaltungen bundesweit unter Druck geraten, ist politische Präsenz demokratischer Parteien ein klares Signal: Queere Menschen sind kein Zirkuszelt, sie sind nicht allein und wir stehen an ihrer Seite, auf der Straße und in den Parlamenten

### 13. Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Teilnahme nicht ausschließlich symbolisch ist, sondern politisch verantwortungsvoll erfolgt?

Wir Bündnisgrüne nehmen am CSD im Landkreis Stade teil, weil wir als feministische und queerpolitisch engagierte Partei tagtäglich die Sichtbarkeit und den Schutz queerer Menschen als Kern unserer politischen Arbeit verstehen und nicht als optionales Begleitprogramm einmal im Jahr. Hier vor Ort möchten wir gerne mit Initiativen wie QUEST im regelmäßigen Austausch bleiben, um Anliegen aus der Community schneller umsetzen zu können. In Zeiten von Angriffen der Bundesregierung und der AfD auf das Selbstbestimmungsgesetz, auf queere Vereine, sowie weitere queere Errungenschaften müssen wir gemeinsam als demokratische Parteien Haltung zeigen und an den Seiten der queeren Community stehen.

### 14. Gibt es Punkte innerhalb Ihrer Partei, bei denen Sie selbst Verbesserungsbedarf sehen? Wenn ja, welche?

Ja, wir sehen Handlungsbedarf: Mit unserem Vielfaltstatut haben wir in den Satzungen verankert, dass wir Vielfalt stärken wollen – und das schließt queere Menschen ausdrücklich ein. Wir haben queere Personen auf unseren Kommunalwahllisten, jedoch sind wir auf kommunaler Ebene noch nicht aktiv genug, um queere Stimmen in Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen zu verankern. Hier müssen wir gezielt Menschen finden, fördern und für politisches Engagement begeistern, damit sie in Entscheidungsprozessen eingebunden sind. Das ist ein Punkt, an dem wir konkret arbeiten müssen.

Für die Sicherheit vor Übergriffen wollen wir neben unseren Bundes- und Landes-Awareness-Strukturen auch eine kommunale Awareness-Struktur aufbauen.